

Matthias Schindler

Nicaragua:

Zwei hochrangige Repräsentanten wenden sich gegen Ortega

Erneut haben sich zwei hochrangige Vertreter der nicaraguanischen Regierung öffentlich gegen Präsident Ortega gestellt. Am 2. März 2022 erklärte der prominente US-amerikanische Rechtsanwalt Paul Reichler, der die Regierung Nicaraguas seit 1984 in internationalen Rechtsstreitigkeiten vertrat, dass er seine Zusammenarbeit mit Ortega beendet, weil dieser in Nicaragua eine neue Diktatur errichtet habe. Am 23. März wandte sich der Botschafter Nicaraguas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Arturo McFields mit scharfen Worten gegen die Unterdrückung des Regimes Ortega gegen das eigene Volk. Er wurde daraufhin sofort von seinem Posten entlassen und schaut nun einer ungewissen Zukunft entgegen.

Paul Reichler ist vor allem dadurch bekannt geworden, dass er Nicaragua 1984 bis 1986 vor dem Internationalen Gerichtshof von Den Haag (IGH) als Rechtsanwalt gegen die USA vertreten hat. In einem Prozess, der internationale Rechtsgeschichte geschrieben hat, klagte Nicaragua gegen die militärischen und paramilitärischen Aktivitäten der USA, die durch die von ihr finanzierte und organisierte Contra gegen die zu jener Zeit herrschende sandinistische Regierung kämpfte. Der IGH gab Nicaragua in allen wesentlichen Punkten recht und verurteilte die USA dazu, die militärische Intervention sofort einzustellen und eine Wiedergutmachung in Milliardenhöhe an Nicaragua zu zahlen. Dieser Prozess Erfolg ist in entscheidender Weise dem Engagement und der herausragenden juristischen Kompetenz Paul Reichlers zu verdanken. Die USA hatten jedoch schon während des Verfahrens – als deutlich wurde, dass der IGH gegen die USA urteilen würde – die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes bezweifelt und sich von ihm zurückgezogen. Das änderte aber nichts daran, dass der IGH diesen Prozess bis zu Ende fortsetzte und schließlich sein Urteil fällte. Die USA haben niemals auch nur einen einzigen Dollar an Wiedergutmachung für die von ihnen angerichteten Zerstörungen an Nicaragua gezahlt.

In seinem Abschiedsbrief schreibt Reichler, „es ist für mich unfassbar, dass Daniel Ortega die friedlichen Demonstrationen vom April 2018 so gnadenlos unterdrückt hat, was zu hunderten von Todesopfern führte. [...] Es ist unbegreiflich, dass er über 50 Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Universitäten und der Wirtschaft unter falschen Anschuldigungen, die nichts weiter sind als ein Vorwand zur Eliminierung der Opposition, inhaftiert hat.“ Weiterhin führt er aus, dass sein moralisches Gewissen es von ihm verlange, sich von Ortega und dessen Regierung zu trennen, weil dieser in Nicaragua eine neue Diktatur errichtet habe. Diese gleiche mit ihren „gefälschten Wahlen, einem obrigkeitshörigen Parlament, einem korrupten Justizsystem und der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und einer unabhängigen Presse in vielem der Diktatur Somozas, zu deren Sturz Ortega einst selbst beigetragen hatte.“

In seiner Erklärung vor der Ständigen Vertretung der OAS erklärte der Botschafter Nicaraguas Arturo McFields: „Heute ergreife ich das Wort im Namen von den über 177 politischen Gefangenen und den mehr als 350 Personen, die seit 2018 ihr Leben verloren haben, im Namen von tausenden von Staatsangestellten aller Ebenen, die heutzutage vom Regime dazu gezwungen werden, die Plätze zu füllen und Parolen zu skandieren, weil sie ihre Arbeit verlieren würden, falls sie dies verweigern. Es ist nicht leicht, die Diktatur in meinem Land anzuklagen, aber es ist mir unmöglich, weiterhin zu schweigen und zu verteidigen, was nicht gerechtfertigt werden kann. Ich muss sprechen, obwohl ich Angst verspüre und obwohl meine Familie und ich damit einer ungewissen Zukunft entgegengehen.“ Denn „Nicaragua hat sich in das einzige Land Mittelamerikas verwandelt, in dem es keine einzige gedruckte Tageszeitung gibt. Es gibt keine Freiheit für soziale Medien, es gibt keine Menschenrechtsorganismen, weder unabhängige politischen Parteien noch freie Wahlen. [...] Aber eins möchte ich klar sagen: Obwohl es nicht so aussehen mag, noch gibt es Hoffnung! Die Menschen wollen diese Diktatur nicht mehr, und es werden täglich mehr, die sagen: Schluss damit!“

01.04.2022